



NEWSLETTER



AUSGABE 1
August 2007

Konrad - Adenauer -Stiftung – Auslandsbüro Guatemala •

La recta final: Wahlkampf in Guatemala

TJARK EGENHOFF*

„Esta vez le toca a Colom“ – dieses Mal ist Álvaro Colom dran, Präsident zu werden, so die landläufige Meinung in Guatemala. Schliesslich habe er sich, wie alle seine Vorgänger im Amt, mehrere Male um die Präsidentschaft beim Wahlvolk beworben. Und bisher sieht es so aus, als ob sich diese „Tradition“ und eine weitere, nämlich der sichere Verlust der Regierungsverantwortung durch die Partei an der Macht, erneut bestätigen könnte. Allerdings kann der zweitplatzierte Otto Pérez Molina vom Partido Patriota (PP) dem Favoriten in der zweiten Runde gefährlich werden, auch wenn Colom momentan in den Umfragen mit 33% der Stimmen 10 Prozentpunkte vor Pérez Molina liegt. Bisher überzeugt keiner der 14 Präsidentschaftskandidaten die Mehrheit der Wähler in Guatemala. Fünf Wochen vor der Wahl stagniert die Zahl der Unentschlossenen noch immer bei beachtlichen 37%.

Bereits am 9. September diesen Jahres sind ca. 5,9 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, einen Präsidenten und Vizepräsidenten, 158 Abgeordnete des nationalen Parlamentes und 332 Bürgermeister zu wählen, sowie die Stadträte neu zu besetzen. Hierfür haben sich 29.309 Kandidaten aufgestellt. Seitdem am 2. Mai das Oberste Wahlgericht den Startschuss für die offizielle Wahlkampfphase gab, haben 16 politische Parteien ihre Präsidentschaftskandidaten aufgestellt.

Auch wenn das Wahlgesetz vor diesem Datum eindeutig jegliche Wahlkampagnen verbietet, befindet sich Guatemala seit Mitte letzten Jahres im latenten Wettstreit um Wählerstimmen: Landesweit werden Steine am Wegesrand in die Farben der Parteien getaucht, Brücken, Strassenlampen und letztendlich der gesamte öffentliche Raum benutzt, um simple Botschaften an die Wähler weiterzugeben, obwohl das Gesetz dies ausdrücklich verbietet. Die unabhängige Wahlbeobachtungsmission „Mirador Electoral“, die von der Konrad Adenauer Stiftung in Guatemala unterstützt wird, hat errechnet, dass die Parteien bereits jetzt die vorgeschriebenen Obergrenzen der Wahlkampfkosten überschritten haben. Auch wenn die Parteien öffentlich in den Medien abgemahnt wurden, so sind dem Obersten Wahlgericht letztendlich die Hände gebunden: Sanktionsmechanismen, die die Parteien dazu bewegen könnten, sich an die Normen zu halten, sind eher symbolischer Natur: Die Strafen bewegen sich zwischen 10 bis 100 Euro bei Verletzung des Wahlgesetzes. Darüber hinaus will eine Mehrheit der sechs *magistrados* des Gerichts Anfang 2008 vom neuen Kongress im Amt bestätigt werden.

Schleppender Wahlkampf und fehlende inhaltliche Debatte

Der Wahlkampf verläuft bisher eher schleppend. Abgesehen von einigen Talkrunden im Fernsehen, in denen Themen wie Sicherheit und Arbeitslosigkeit von den



INFORMATIVO

CENTROAMÉRICA

AUSGABE 1 | AUGUST 2007

www.kas.org.gt

Kandidaten eher schematisch abgehandelt werden, finden wenige substantielle Debatten über die Probleme Guatemalas statt – auch wenn von seiten der internationalen Gebergemeinschaft und der guatemalteken Zivilgesellschaft interessante Anstösse zur öffentlichen Debatte geliefert werden.

Zu dieser Situation tragen insbesondere die Parteien sowie die Medienlandschaft bei: Einen Monat vor den Wahlen haben längst nicht alle Parteien schriftlich festgelegt, was sie im Falle einer Regierungsübernahme eigentlich vorhaben. Die UNE hat, so die Aussage ihres Präsidentschaftskandidaten Álvaro Colom, über die letzten Jahre hinweg und unter Hinzuziehung von 400 Experten ihr Regierungsprogramm verfasst. Dass man dieses im Wahlkampf lediglich knapp drei Monate vor dem Urnengang dem Wähler der Hauptstadt vorgestellt hat, deutet auf die schwache inhaltliche Fokussierung des Wahlkampfes hin. Auch sparen die Parteien wichtige und kontroverse Fragen aus: So ist von einer dringend erforderlichen Erhöhung der Steuerquote von derzeit unter 10% auf zumindest die in den Friedensverträgen vorgesehenen 12% nicht die Rede. Wie die Parteien die von ihnen vorgeschlagenen Sozialprogramme zur Linderung der im letzten Jahr sogar noch gestiegenen Armut (58% der Guatemalteken) finanzieren wollen, bleibt unklar. Um jedoch in der Bekämpfung der Armut und dem Aufbau funktionierender staatlicher Sozialleistungen erfolgreich zu sein, muss die nächste Regierung eine Umkehr der bisherigen Steuerpolitik anstreben.

Auch ein Blick in die Printmedien Guatemalas zeigt, dass diese zu keiner wesentlichen inhaltlichen Vertiefung der Diskussion beitragen: So kommentieren gute Kolumnisten tagespolitische Ereignisse und pfiffige Umfragen weisen auf Trends und Bedürfnisse der Wähler hin, jedoch fehlt es im Grunde an einer Diskussion, wie sich ein Land wie Guatemala angesichts der immensen internen und externen Herausforderungen im 21. Jahrhundert positionieren kann.

Die Kandidaten überzeugen nicht

Laut einer Umfrage der grössten Tageszeitung Prensa Libre besitzt keiner der Kandidaten die notwendigen Fähigkeiten, die dringendsten Probleme Guatemalas – Sicherheit, Armut und Arbeitslosigkeit – anzupacken. Die anhaltend hohe Zahl der unentschlossenen Wähler, die zwei Monate vor der Wahl immer noch bei 40% lag und nur unwesentlich abnimmt, unterstreicht die geringe Begeisterung, welche den Kandidaten von seiten der Bürger entgegengebracht wird. Dieser Trend wird sich wahrscheinlich auch bei diesem Urnengang wieder in der hohen Zahl der Nichtwähler niederschlagen. In der kurzen demokratischen Geschichte des Landes lag die Wahlbeteiligung recht konstant bei 40 bis 45%.

Die vier wichtigsten Präsidentschaftskandidaten auf einen Blick

Präsidentschaftskandidat	Vizepräsidentschaftskandidat	Partei	Wahlumfrage Borge y Asociados	Wahlumfrage Vox Latina
Álvaro Colom	Rafael Espada	Unidad Nacional de la Esperanza UNE	33%	21,3%
Otto Pérez Molina	Ricardo Castillo Sinibaldi	Partido Patriota – PP	23.1%	14,4%
Alejandro Giammattei	Alfredo Vila	Gran Alianza Nacional - GANA	8.9%	8,2%
Rigoberta Menchú	Luis Fernando Montenegro	Encuentro por Guatemala - EG	5,5%	2,4%

* Die Differenzen der beiden Wahlumfragen ergeben sich aus der Zahl der unentschlossenen Wähler: 18,5% bei Borge y Asociados, 37,9 % bei Vox Latina; Quellen: Prensa Libre vom 25.07.07 und El Periódico vom 30.07.07

Auf in die zweite Runde

Allerdings kann Álvaro Colom (Unidad Nacional de la Esperanza – UNE), der bisherige Favorit nach den Umfragen in den meisten Politikfeldern beim Wähler punkten: Sowohl im Bereich der Wirtschaftspolitik als auch in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird er vom Wähler positiver eingeschätzt als seine Mitbewerber. Bisher hatte Colom sich in der politischen Auseinandersetzung auffällig zurückgehalten: Der einer bekannten guatemalteken Politikerfamilie entstammende Colom weist bei weitem nicht das gleiche Charisma auf wie sein von den Militärs ermordeter Onkel, der ehemalige Bürgermeister Guatemalas und anerkannte Figur im Kampf um die Demokratisierung des Landes. Wie alle Kandidaten mit deutlichem Vorsprung im Wahlkampf ist der zum dritten Mal antretende Colom bis zur heißen Wahlkampfphase kaum in Erscheinung getreten. Angesichts einer mit Sicherheit zu

erwartenden zweiten Runde um das Präsidentenamt muss er allerdings aus der Deckung kommen. Der Versuch verbaler Attacken gegen andere Präsidentschaftskandidaten hat ihm bei der Profilierung insbesondere in den urbanen Gebieten nicht geholfen, sondern nur die Debatte um den von den Parteien unterzeichneten „Ethikkodex“ neu entfacht. Bedeutend für den zweiten Wahlgang am 4. November wird sein, dass Colom insbesondere von der Landbevölkerung unterstützt wird, die ihm noch am ehesten zutraut, ihre prekäre soziale und wirtschaftliche Lage zu verbessern. Gerade die Wähler in ländlichen Gebieten werden dieses Mal leichter ihre Stimme abgeben können, da die Zahl der Wahllokale von ca. 8000 auf nun 16.000 verdoppelt wurde. Auch findet Colom unter Frauen, Jugendlichen und *indigenas* am meisten Zuspruch, wobei er regional im Norden und

INFORMATIVO

CENTROAMÉRICA

AUSGABE 1 | AUGUST 2007

www.kas.org.gt

Süden des Landes die meisten Stimmen auf sich vereint. Der erhöhte Zugang zu Wahllokalen folgt den Vorgaben des am 1.1.2007 in Kraft getretenen reformierten Wahl- und Parteiengesetzes. Doch die Wahlen im September fallen in die Regenzeit, was insbesondere die Wahlbeteiligung auf dem Land stark beeinträchtigen könnte. Allerdings ist ihm angesichts seines schwachen Profils das Herz Guatemalas, die Hauptstadt, nicht sicher. Auf das Departement Guatemala entfallen 32% der eingeschriebenen Wähler, die wiederum bei einer Stichwahl ein besonderes Gewicht haben werden. Und die intellektuelle Elite des Landes, die vor allem in der Hauptstadt lebt, steht dem Kandidaten der UNE skeptisch gegenüber. Einerseits ist die UNE zu einem unübersichtlichen Sammelbecken von Politikern und Opportunisten geworden. Zu messen ist dies beispielsweise daran, dass mehrere Abgeordnete unterschiedlichster politischer Couleur aufgrund der guten Umfrageergebnisse bereits die Fraktion gewechselt haben. Andererseits, so ein guatemalteker Beobachter, wurde Coloms frühere Arbeit als Direktor des Aufbaufonds für den Frieden (FONAPAZ) in den 90er Jahren eher in den ländlichen Regionen gewürdigt, als im Grossraum Guatemala-Stadt. Sicher ist, dass sein Wahlkampf nun im Gegensatz zu 2003, wo Colom gegen den jetzigen Präsidenten Oscar Berger verlor, vom Grossunternehmertum finanziell getragen wird – eine Voraussetzung für den Erfolg im November. Durchaus von Bedeutung scheint, dass die einflussreichsten Unternehmerfamilien in Guatemala nun doch mehrheitlich auf das Zugpferd Colom setzen: Einerseits wollen sie nicht im Abseits stehen, wenn die Macht neu verteilt wird, andererseits erscheint Colom als derjenige, der in ihrem Sinne am formbarsten ist. Welchen Einfluss die Unternehmer haben, ist mit einem Blick auf die Präsidentschaftsformeln zu beantworten: Es gibt kaum einen Präsidentschaftskandidaten, der nicht einen Unternehmer als seinen Vize aufgestellt

hätte. Auch Rigoberta Menchú, die sich eigentlich dem linken Lager zugehörig fühlt, wird von dem ehemaligen Präsidenten des mächtigen Unternehmerverbandes CACIF, Luis Fernando Montenegro, im Wahlkampf begleitet.

Sicherheit ist das Thema dieser Wahl

Die Bevölkerung kümmert vor allem eines: Die Verbesserung ihrer Sicherheitssituation, insbesondere in den urbanen Zentren des Landes. Das Thema innere Sicherheit beherrscht eindeutig die Wahlen 2007. Gerade in diesem Bereich aber punktet der zweitplazierte im Rennen um das Präsidentenamt. Der Wahlslogan des ehemaligen Generals und Unterzeichners des Friedensvertrags für die Streitkräfte Otto Pérez Molina (Partido Patriota - PP) verfehlt seine Wirkung nicht: „**Con Mano Dura - Mit Harter Hand!**“ ging er in den Wahlkampf. Die Kampfansage an die organisierte Kriminalität in Staat und Gesellschaft kommt beim Wähler gut an – allerdings geht es wohl auch um die Disziplin der Regierung selbst. Die Politik in Guatemala ist derart diskreditiert, dass Pérez Molina in einem Radiointerview ausführte, die harte Hand gelte insbesondere seiner Regierungsmannschaft: Man wolle eine Regierung, die integer und arbeitssam sei. Die Tatsache, dass der Kandidat der Partido Patriota ein *militar* ist, macht ihn für einen Teil der Bürgerschaft selbst im Jahr 10 des Friedens in Guatemala unwählbar. Trotz der Ankündigungen eines harten Durchgreifens und die damit verbundenen Sorgen der Einschränkung des Rechtsstaats hat der General a.D. deutlich gemacht, dass er nichts davon hält, dem Militär langfristig die Aufgabe der inneren Sicherheit zu übergeben wie es viele der Präsidentschaftskandidaten einfordern, um die katastrophale Sicherheitssituation in den Griff zu bekommen. Pérez Molina spielt die Karte der Ordnung und Disziplin – und nach beidem sehnen sich viele Guatemalteken, deren Alltag von diesen weit entfernt scheint. Er kann Colom gefährlich werden, da die Kraft der Wählermobilisierung unter

INFORMATIVO

CENTROAMÉRICA

AUSGABE 1 | AUGUST 2007

www.kas.org.gt

der urbanen Bevölkerung in einer mit Sicherheit zu erwartenden zweiten Runde weitaus höher liegt. Es wird viel darauf ankommen, wie die Allianzen nach der ersten Runde geschmiedet werden. Für den von der Regierungspartei ins Rennen geschickte Kandidat Alejandro Giammattei (Gran Alianza Nacional – GANA) wollen bisher 9% der Guatemalteken stimmen. Bis zuletzt glaubten viele Beobachter, dass der Mann, der an multiple Sklerose leidet kurz vor der offiziellen Kür zum *presidenciable* der GANA noch ersetzt werden könne. Letztendlich hat er sich aber durchsetzen können: Dies liegt sicherlich auch daran, dass sich Giammattei durch sein hartes Durchgreifen als Direktor der Strafanstalten von Guatemala ein Namen machte – auch wenn er nicht immer so genau darauf achtete, sich im Rahmen des Rechtsstaates zu bewegen. Das Bedürfnis nach einem Staat, der die physische Integrität seiner Bürger schützen kann, ist in Guatemala immens hoch. Giammattei verspricht den Wählern die „*totale Sicherheit!*“ – ohne jedoch den Nexus zwischen sozialer Schieflage und innerer Sicherheit zu artikulieren. Gerade nach Bekanntwerden, dass es innerhalb der Polizei Gruppen gibt, die Operationen der „sozialen Säuberung“ durchführten, hätte man eine differenziertere Diskussion um die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels und der Jugendbanden erwartet. Die Debatte um ein integrales Konzept zur inneren Sicherheit blieben die Kandidaten den Wählern bisher schuldig.

International am meisten Furore machte die Kandidatur der Nobelpreisträgerin **Rigoberta Menchú Tum**. Als Symbolfigur eher im Ausland als im Inland angesehen, genießt Menchú im Vergleich zu den anderen Kandidaten einen enormen Vorteil: Alle Guatemalteken kennen sie. Jedoch schlägt sich der hohe Bekanntheitsgrad nicht unbedingt in Wählerstimmen nieder, denn Rigoberta Menchú liegt selbst bei optimistischen Wahlprognosen um die 6%. Dass eine Frau und *indígena* sich für das höchste Amt im Staate bewirbt, hat in

Guatemala für Aufsehen und eine gewisse Bewegung im sonst sich dahin schleppenden Wahlkampf gesorgt: Die übrigen Parteien stellten öffentlich klar, dass auch in ihren Reihen Platz für indigene Partizipation sei – die Frage ist nur auf welchen Listenplätzen sich diese befinden. Bei einem Bevölkerungsanteil von mehr als 40% würde ein geschlossenes Wahlverhalten der indigenen Bevölkerung für eine Partei ausschlaggebend für den Wahlsieg sein. Allerdings verstehen sich die 23 indigenen Völker in Guatemala nicht als eine Maya-Gemeinde, die sich auch politisch gemeinsam aufstellt. Daher war es voreilig zu meinen, Rigoberta Menchú könne den „*voto indígena*“ mobilisieren und somit reale Chancen auf einen Wahlsieg haben. Dass Menchú einen Achtungserfolg erzielen kann, um sich für die Wahl 2011 günstig zu positionieren, ist unwahrscheinlich.

Auch ist Menchú spät in den Wahlkampf gezogen. Ihr fehlten sowohl eine politische Plattform als auch die finanzielle Unterstützung. Nach umständlichen Verhandlungen mit mehreren linken Parteien, darunter die ehemalige Guerilla-Partei URNG, ist Menchú letztendlich ein Bündnis mit der umtriebigen Abgeordneten Nineth Montenegro eingegangen, die innerhalb eines Jahres ihre eigene politische Partei, das Encuentro por Guatemala (EG), aufgebaut hat. Frau Montenegro steht für einen mutigen Politikstil, der mit der alten Kaste der Politiker brechen will, allerdings finanziert sie ihren Wahlkampf aus den gleichen Quellen. Sie wird es wohl schaffen mithilfe der Figur von Rigoberta eine kleine Fraktion im Abgeordnetenhaus zu formieren.

Die Umfragen gehen bisher davon aus, dass Colom und Perez Molina in die zweite Runde gehen. Auch wenn Colom bisher die Wahlumfragen anführt, ist keineswegs klar, wer am Ende als Sieger dasteht. Möglicherweise hat Perez Molina einen Vorteil, wenn sich der Wahlkampf in der zweiten Runde zuspitzen sollte, da er dem

INFORMATIVO

CENTROAMÉRICA

AUSGABE 1 | AUGUST 2007

www.kas.org.gt

blassen Colom in einem Zweikampf überlegen sein dürfte.

Veränderte Spielregeln durch neues Wahl- und Parteiengesetz

Mit Inkrafttreten des neuen Wahl- und Parteiengesetzes am 1. Januar diesen Jahres sind einige wichtige Veränderungen verbunden, die sowohl für die Parteien als auch für das Oberste Wahlgericht eine Herausforderung bedeuten. So ist das Wahlgericht (TSE) nun aufgerufen, sowohl die öffentliche als auch die private Finanzierung der politischen Parteien zu kontrollieren. Dabei sieht das Gesetz eine Obergrenze der Wahlkampfkosten vor, die bei einem USD pro eingeschriebenem Wähler und damit bei ca. 4,5 Mio Euro liegt. Es ist das erste Mal, dass die politischen Parteien öffentlich Rechenschaftsberichte über Wahlkampfausgaben beim Wahlgericht abgeben müssen.

Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, in Gebieten mit mehr als 500 Einwohnern ein Wahllokal einzurichten, um einer möglichst grossen Zahl von Wählern die Wahl ihrer Vertreter zu ermöglichen. Dies bedeutet, dass sich die Zahl der Wahllokale im Vergleich zur Wahl 2003 um das Doppelte auf ca. 16.000 erhöht. Dies ist für das Gericht mit einem erheblichen logistischen Aufwand verbunden und kann im schlimmsten Falle die Legitimität der Wahlen gefährden. So muss weitaus mehr Personal für die Wahlüberwachung geschult sowie für die Übertragung der Wahlergebnisse aus abgeschnittenen Regionen organisiert werden. Problematisch ist auch, dass längst nicht alle Parteien mit Wahlbeobachtern an den Wahltagen präsent sein können.

Ein weiteres Hindernis ist die fehlende oder intransparente Aktualisierung der Wählerlisten. Das Wahlgericht sieht sich somit berechtigten Nachfragen der Zivilgesellschaft ausgesetzt, wie die neuen Listen erstellt wurden und wann diese endlich veröffentlicht werden sollen, damit

die Bürger wissen, wohin sie gehen müssen, um ihre Stimme abzugeben. Laut Gesetz muss das Gericht die Listen 30 Tage vor der Wahl bekannt geben. Theoretisch müssen die guatemalteken Wähler nicht mehr an ihren Heimatort zurückfahren, sondern können zum ersten Mal an ihrem aktuellen Wohnort wählen gehen. Es bestehen jedoch Zweifel, ob der adäquaten Aktualisierung der Wählerlisten, in denen sich auch verstorbene Bürger befinden sollen. Darüber hinaus gibt es Schätzungen, dass ca. 40% der Eintragungen von den insgesamt 5,9 Mio registrierten Wählern nicht aktualisiert wurden. Daher wird es in jedem Wahllokal zwei verschiedene Listen geben, die diesem Umstand Rechnung tragen sollen. Insgesamt muss vermieden werden, dass durch formale Fehler der Eindruck entsteht, dass die Wahlen in diesem Jahr nicht sauber verlaufen.

Erneut eine schwache Regierung in Guatemala?

Spätestens am 9. September wird man wissen, mit welchem Kongress die neue Regierung wird zusammenarbeiten müssen. Bereits jetzt ist abzusehen, dass auch für die nächste Legislaturperiode 2008-2011 eine Vielzahl von Parteien und damit Fraktionen sich die 158 Sitze im Parlament teilen werden. Dass die Zersplitterung wieder so hoch sein wird wie in diesem Kongress, in dem 17 verschiedene Fraktionen ihren Platz hatten, ist wahrscheinlich. Gerade durch die Direktmandate ziehen auch kleinere, regional verankerte Parteien mit oft nur einem Abgeordneten ins Parlament ein. Allianzbildungen sind somit auch erst nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen zu erwarten. Der neue Präsident wird stabile Mehrheiten in diesem Kongress kaum vorfinden, sondern sich wie seine Vorgänger auf wechselnde Koalitionen stützen müssen. Wichtige Reformvorhaben, die auch eine Verfassungsänderung beinhalten, werden damit nur schwer durchzusetzen sein. Eine Diskussion um die notwendige Reform des

INFORMATIVO

CENTROAMÉRICA

AUSGABE 1 | AUGUST 2007

www.kas.org.gt

politischen Systems hat auch in diesem Wahlkampfjahr nicht stattgefunden.

Starke parlamentarische Fraktionen sind ausser den bereits genannten insbesondere das Frente Republicano Guatemalteco (FRG) des ehemaligen Diktators Rios Montt und die des Partido de Avanzada Nacional (PAN) – beides ehemalige Regierungsparteien. Der FRG hat eine disziplinierte Wählerschaft auf dem Land, die darauf schliessen lässt, dass die Partei wiederum auf eine beträchtliche Anzahl von Abgeordneten kommen und damit mehrere parlamentarische Kommissionen leiten wird. Der General, wie Rios Montt in Guatemala genannt wird, hat bereits vor dem offiziellen Wahlkampfstart am 2. Mai angekündigt, er wolle Kongresspräsident werden – wohl auch um seine Immunität zu wahren. Die PAN, die in diesem Kongress mit 15 Abgeordneten vertreten ist und eine wichtige politische Kraft in den 90er Jahren darstellte, wird wohl ein Debakel erleben. Der Parteivorstand hat zwei Tage vor der offiziellen Kür seinen Kandidaten Francisco Arredondo fallen gelassen, obwohl dieser den PAN-Wahlkampf bereits mit Plakaten und Werbespots eröffnet hatte. Hintergrund war ein Streit zwischen Arredondo und der Partei um die Verwaltung der Wahlkampfgelder. Sein Nachfolger Castañeda, der auch mehr Geld mitbrachte, wurde kurzerhand zum neuen Kandidaten erhoben. Daher ist es kaum verwunderlich, dass das Parlament die Institution darstellt, die in der kurzen demokratischen Geschichte des Landes am meisten Glaubwürdigkeit verloren hat. Nur ca. 2,5% der Guatemalteken, so eine Umfrage, empfinden es als wichtig, ihre Abgeordneten zu wählen.

Neben einem politisch stark zersplitterten Kongress wird sich ab dem 14. Januar 2008 wie in Vorjahren die fehlende personelle Kontinuität in den Ministerien und den entsprechenden Politikfeldern bemerkbar machen. Bereits jetzt verlassen Minister und Teile des Ober- und Mittelbaus der Ministerien die Regierung auf der Suche

nach einer neuen Tätigkeit. Die fast vollständige Auswechslung in Leitungspositionen hat eine kontinuierliche Arbeit der öffentlichen Verwaltung über eine Legislaturperiode von vier Jahren hinaus geradezu unmöglich gemacht.

Sorge vor politischer Gewalt auf Munizipalebene

Auch die Gemeinderäte und Bürgermeister werden dieses Jahr neu bestimmt. Anders als dem Staatspräsidenten verbietet die guatemalteckische Verfassung dem jetzigen Bürgermeister und ehemaligen Staatspräsidenten Álvaro Arzu (Partido Unionista – PU) nicht, sich in Guatemala-Stadt zur Wiederwahl aufzustellen. Es gibt kaum Zweifel daran, dass der erfahrene Politiker diese Hürde nehmen wird. Dennoch übertönt die Propaganda der *presidenciables* jegliche Debatte auf lokaler Ebene. Sorge macht vor allem die Verflechtung der organisierten Kriminalität mit Vertretern von Parteien insbesondere in den Munizipien des Landes. Hier versuchen die Drogenkartelle ihre Territorien zu verteidigen und ihre eigenen Kandidaten durchzudrücken, da gerade die Munizipien eine strategische Bedeutung für die Abwicklung des Drogenhandels im Transitland Guatemala besitzen. Auch die grossen Parteien haben Schwierigkeiten, ihre Reihen „rein“ zu halten, und die bestehende Konfliktbereitschaft auf dem Land hat bisher 37 Menschen das Leben gekostet, wobei die UNE mit 17 Toten, die GANA mit 5 und die PP mit 4 Toten vertreten sind. Die Wahlbeobachtungsplattform Mirador Electoral geht davon aus, dass sich der Wahlkampf und damit auch die politisch motivierte Gewalt im letzten Monat noch zuspitzen wird. Eine offizielle Karte der Konfliktbereitschaft in Guatemala zeigt, dass 117 Munizipien potentiell problematisch sind. Die Regierung hat bereits die Anwesenheit von ca. 20.000 Polizisten und 15.000 Soldaten angekündigt, die einen friedlichen Wahlvorgang garantieren sollen.

INFORMATIVO

CENTROAMÉRICA

AUSGABE 1 | AUGUST 2007

www.kas.org.gt

Es wird darum gehen, dass die Wahlen 2007 von allen Akteuren als legitim erachtet werden. Dies muss der Fokus insbesondere des Obersten Wahlgerichts sein. Die Parteien sind aufgerufen, sich nicht an einer Eskalation des politischen Wettbewerbs oder gar an der politisch motivierten Gewalt zu beteiligen.

** Der Autor ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Guatemala und El Salvador*



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

3 Avenida "A" 7-74 zona 14,
Colonia El Campo
01014 Ciudad de Guatemala,
Guatemala

Telefon/Fax:
(+502) 2368 1142
(+502) 2366 1989

e-mail: info@kas.org.gt

www.kas.org.gt

Das Auslandsbüro der KAS in Guatemala

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit fast vier Jahrzehnten in Guatemala tätig mit dem Ziel, den Demokratisierungsprozess durch politische Bildung, politische Analysen und Beratung zu stärken.

- Thematische Schwerpunkte unserer Arbeit sind:
- Stärkung der demokratischen Institutionen und gute Regierungsführung
- politische Bildung für Parteien der politischen Mitte und zivilgesellschaftliche Akteure
- Partizipation marginalisierter Bevölkerungsgruppen (insbesondere Indigenas) an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen
- Effizienz und Kohärenz von Sozial- und Wirtschaftspolitik
- Stärkung des regionalen Integrationsprozesses in Zentralamerika

Um diese Ziele zu realisieren, arbeitet die KAS in Guatemala sowohl mit lokalen als auch mit zentralamerikanischen Partnern zusammen. Des Weiteren verfügen wir über ein Netzwerk von institutionellen Partnern, unter ihnen das Zentralamerikanische Institut für Politische Studien (INCEP), die Vereinigung für Forschung und Soziale Studien (ASIES), die Rafael-Landívar-Universität (URL) und die Föderation der Maya-Völker (FEDEPMA).